

(Fortsetzung von Seite 1)

Vergleicht man die jetzt vorliegenden Planvorschläge der Institute und Fakultäten mit unserem Hauptanliegen nach einer Schwerpunktbildung an der Universität, so ergeben sich eine Reihe Fragen, die auf die Kennzeichnung dieser ganzen Problematik hinweisen.

Während die von den Expertengruppen erarbeiteten Schwerpunkte den Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis entsprechen, existieren in manchen Fakultäts- und Institutspänen mehrere gleichwertige Forschungskomplexe nebeneinander, deren Erledigung von vornherein die Kräfte zersplittert.

An der Juristenfakultät konzentrieren sich zwar die Institute für Strafrecht und Zivilrecht auf den zentralen Schwerpunkt, das Institut für Theorie des Staats und des Rechts jedoch, das eigentlich die rechtstheoretische Grundlage für den Schwerpunkt der Juristenfakultät zu erarbeiten hätte, ist lediglich mit einer Habilitation und einer Dissertation beteiligt. Diese Arbeiten sind - laut Plan der Juristenfakultät - 1968 abgeschlossen. In welcher Weise dann dieses Institut am Schwerpunkt mitarbeitet, bleibt offen. Der Direktor dieses Instituts ist - soweit aus dem Plan der Juristen ersichtlich - auf längere Zeit mit anderen Forschungsaufgaben beschäftigt.

Hier erhebt sich die Frage, die übrigens von den Juristen auch gestellt wird: Ändert sich überhaupt etwas? Wir haben einen Schwerpunkt und trotzdem bearbeitet jeder sein bisheriges Gebiet weiter. Deshalb meine Frage an die Parteileitung der Juristen: Würde tatsächlich mit allen Genossen Wissenschaftlern der Fakultät die Problematik des Schwerpunktes beraten? Zeigen sich hier nicht, wie auch an anderen Fachrichtungen, die Tendenzen, alles zu betreiben und somit das ganze Grundlagen der Partei nach Schwerpunktbildung ins Gegenteil zu verkehren?

Es besteht kein Zweifel daran, daß die genannten und andere Probleme gelöst werden können. Das erfordert, daß individuelle Wünsche und Neigungen auf ein Minimum beschränkt und gegebenenfalls auch Vereinbarungen, die durch die bisherige, die Zersplitterung der Kräfte charakterisierende Entwicklung bestimmt waren, aufgehoben werden müssen. Die Überwindung der Zersplitterung in der Forschungsarbeit und die Konzentration auf die zentralen Schwerpunkte sind nicht in erster Linie auf administrativen Wege zu erreichen, sondern erfordern erhebliche ideologische Arbeit der Grundorganisations unserer Partei. Zunächst gilt es, sowohl politisch-ideologisch als auch wissenschaftlich-theoretisch zu begründen, warum dieser und kein anderer Schwerpunkt gewählt wurde, um alle Wissenschaftler von der Notwendigkeit der Lösung der entsprechenden Aufgaben zu überzeugen, so wie es in der vorliegenden Empfehlung begonnen wurde.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Platz und die Bedeutung der Forschungsschwerpunkte innerhalb der Forschung der DDR und innerhalb der Forschung in der Welt allen beteiligten Mitarbeitern zu erläutern.

Dabei hält sich hartnäckig ein Argument in der Diskussion, auf das wir bereits in der letzten UPL-Sitzung eingegangen sind: Ob es richtig sei, daß für die Universität Schwerpunkte ausgearbeitet würden, das müsse doch zentral geschehen. Wir möchten nochmals unterstreichen und die Parteileitungen auffordern, dementsprechend in ihren Grundorganisations zu arbeiten: Die Wissenschaftler, die an der Ausarbeitung der Pläne führend beteiligt sind, sind zugleich auch Mitglieder und Leiter zentraler Arbeitskreise, wissenschaftlicher Beiräte usw. Ihre Aufgabe ist deshalb, die bei uns vorgeschlagenen Schwerpunkte zentral abzustimmen bzw. auch das kann möglich sein, weil es zentral erforderlich ist und in Leitlinie gültige Bestimmungen vorhanden sind, einen anderen als den vorgeschlagenen Forschungsschwerpunkt zu bearbeiten. Wir sind unbedingt für zentrale Abstimmungen und Koordination. Man darf sich aber auch keine Illusionen darüber machen, daß es zentral überhaupt möglich sei, die ganze horizontale Verflochtung innerhalb großer Universitäten vorzuziehen. Hier geht es doch um ein echtes Problem des demokratischen Zentralismus in der gesamten Planung der Wissenschaft, und unsere Aufgabe an der Universität ist es, durch unsere

konkret ausgearbeiteten Vorschläge die Hauptlinien der zentralen Planung zu sichern.

Gleichzeitig gilt es, an den Fakultäten und Instituten die Diskussionen über die Profilierung der jeweiligen Institution fortzuführen und rasch zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Das Ziel unserer Bemühungen muß es sein, daß die Forschungsschwerpunkte gegebenenfalls unter Überwindung von Instanz- und Fakultätsbarrieren komplex in echter Gemeinschaftsarbeit von verschiedenen Seiten her untersucht und nach Möglichkeit gemeinsame Arbeitsergebnisse erzielt werden.

Selbstverständlich wird es bei derartigen komplexen Unternehmungen mehrere Varianten geben. Es wäre verfehlt, die Bearbeitung aller Forschungsschwerpunkte in das gleiche Schema pressen zu wollen. Aber das Anliegen der Perspektivplanung und der sich daraus ergebenden Konzentration der Forschung ist es, die zur rationalen Lösung der Aufgaben geeigneten Kräfte unabhängig von ihrer Institutszugehörigkeit zusammenzuführen. Die Konzentration geeigneter Kräfte darf nicht Wunschkonstruktion bleiben, sie vollzieht sich auch nicht im Selbstlauf. Generelle Linie muß es sein, die profiliertesten Wissenschaftler für die Arbeit in den zentralen Forschungsgremien einzusetzen. Darüber hinaus wird es sich als notwendig erweisen, den Leitern der Forschungszentren Vollmachten zu geben, auf Grund derer sie die Möglichkeit haben, alle institutseigenen Züge zu überwinden. In der Schlussfassung des Perspektivplanes der Gesellschaftswissenschaften sollte sowohl die augenblickliche als auch die perspektivische Kaderanforderung, die für die einzelnen Forschungszentren notwendig ist, aufgeführt werden. Außerdem müßten exakte Angaben darüber enthalten sein, welche Institute und Fakultäten mit welchen Kräften an den Forschungsschwerpunkten beteiligt sind. Unser Perspektivplan muß für seine Realisierung selbst die erforderliche Grundlage sein. Im Planentwurf sind Festlegungen enthalten, die zeigen, daß die erforderlichen Abstimmungen zwischen verschiedenen Universitätsinstitutionen reale Gestalt annehmen.

Unsere Perspektivplanung geht jetzt richtig los. Für die staatlichen Leitungen der Universität erwächst die Aufgabe, die zentralen Schwerpunkte umfassend und exakt aufeinander abzustimmen. Die Verzahnung der im Perspektivplan fixierten Schwerpunkte ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die angestrebte Konzentrierung der wissenschaftlichen Potenzen der Gesellschaftswissenschaftler unserer Universität auf die 13 Forschungsschwerpunkte realisiert wird.

Die Konzentration der Kräfte verschiedener Fakultätsbereiche auf einen Schwerpunkt erfordert, daß dieser richtig - auch in seinen Teilaufgaben - aufgeschlüsselt wird, das heißt, daß er der perspektivischen Entwicklung der Wissenschaftsbereiche entspricht, daß er die vom Vordringenden der sozialistischen Gesellschaft aufgeworfenen Fragen und die mit der technisch-wissenschaftlichen Umwälzung der Volkswirtschaft in den nächsten Jahrzehnten eintretenden Veränderungen fördern und befördern kann.

Ein weiteres wichtiges Problem, das zum Grundanliegen unseres Perspektivplanes gehört, ist die Frage der Organisation und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit. Die Bearbeitung der Schwerpunkte in Forschungsgruppen und Forschungszentren, die verschiedenen Fachdisziplinen zusammenführen und damit die Instanz- und Fakultätsbarrieren sprengen, führt zu dem Problem der Struktur der Universität. Es ist an der Zeit über strukturelle Veränderungen in der Wissenschaftsorganisation zu sprechen, um die Forschungsgruppen und Forschungszentren arbeitsfähig zu machen. Dazu scheint notwendig zu sein, die Wissenschaftsorganisation an der Karl-Marx-Universität wissenschaftlich zu analysieren. Ich möchte betonen, Genosseninnen und Genossen, es geht uns nicht darum, etwa

von heute auf morgen überlegte organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Worauf es jetzt ankommt, das ist die gründliche Beratung und Diskussion dieser Fragen unter einem breiten Kreis von Wissenschaftlern. Dabei müssen die Erfahrungen der anderen Universitäten und Hochschulen, auch die des Auslandes, ausgewertet werden. Wir stehen hier bezeichnend vor einem objektiven Entwicklungsprozess der Wissenschaften in der Welt, wobei sowohl in der Sowjetunion als auch in den USA gegenwärtig die fortschrittlichsten Erfahrungen verhandelt sind.

So gehört es zur Auswertung der so erfolgreichen Freundschaftsreise unseres Staatsratsvorsitzenden, Genossen Walter Ulbricht, daß sehr sorgfältig die Erfahrungen in der Wissenschaftsorganisation im Forschungszentrum Nowosibirsk geprüft werden.

Es dürfte schon heute klar sein, daß wir in unserer wissenschaftlichen Arbeit hoffnungslos zurückbleiben, wenn wir an unserer mittelalterlichen Struktur der Universität festhalten. Wenn sich bisher das Departement-System, das gegenwärtig auch an der TH München praktiziert wird, nur in naturwissenschaftlichen Bereichen Anwendung fand, sollten wir ernste Überlegungen anstellen, ob und wie es in gesellschaftswissenschaftlichen Bereich Anwendung finden kann. Es gibt Vorstellungen bei den Literaturwissenschaftlern, z. B. bei Genossen Prof. Schepel, Er sollte doch seine Auffassungen in einem größeren Kreis von Wissenschaftlern zur Diskussion stellen und konkrete Vorschläge ausarbeiten. Auch Genosse Prof. Kossok trägt sich mit solchen Gedanken in Auswertung der Erfahrungen der lateinamerikanischen Universitäten.

Wir sind für eine breite dogmatische und schillernde Diskussion solcher Ideen mit dem Ziel, unsere Forschung und Lehre mit optimalem Nutzeffekt zu betreiben. Ich denke, ich brauche in diesem Kreis nicht besonders zu betonen, daß dies ein eminent nationale Bedeutung hat.

Eine Reihe Parteileitungen analysierten auf Anregung der Kommission Gesellschaftswissenschaften der UPL die Forschungstätigkeit in ihren Instituten und nannten dabei eine Reihe Ursachen für die noch vorhandenen Mängel. Immer wieder tauchte das Zeitproblem auf. Nach unserer Meinung sind die meisten Zeitprobleme im Grunde Koordinationsprobleme.

In der Kammer gibt es aber doch bereits so etwas wie einen Koordinator in unseren geschäftsführenden Assistenten. Ich meine, es kommt vor allem darauf an, daß man mit der Unterstützung der Rolle dieses Koordinators radikal radikal vorgeht. Vorreiter ist nach der Meinung vorhanden, daß man wohl als Wissenschaftler etwas leisten könnte, nicht aber als Koordinator. Beim heutigen Stand und der Entwicklung der Wissenschaften kann jedoch ein guter Koordinator unter Umständen mehr leisten als der beste Wissenschaftler, weil er die Arbeit der verschiedenen Wissenschaftler sinnvoll zusammenfügt. Karl Marx schrieb schon im „Kapital“, daß die kombinierte Arbeit die Produktivkraft erhöht, sondern darüber hinaus eine neue Produktivkraft, die Massenkraft schafft (Kapital, Bd. 1, 1891, S. 341).

Ein guter Koordinator ist in der Lage, die Kräfte, die er koordiniert, zu potenzieren. Dazu gehört selbstverständlich eine kluge Auswahl der Koordinatoren und vielleicht sogar eine Ausbildung solcher Menschen, die großen Organisationskalent besitzen, mit Menschen umgehen können und Verständnis für die Wissenschaft besitzen, die sie koordinieren sollen. Sicher gibt es auch hier verschiedene Wege und Möglichkeiten. Ich möchte noch eine in die Diskussion bringen. Bei unserer jetzigen Universitätsstruktur ist es so, daß es gewissermaßen das höchste Ziel des Wissenschaftlers in seiner Laufbahn ist, Institutsdirektor zu werden. Damit ist auch in der Regel der Lehrstuhl verbunden. Der Institutsdirektor muß aber vor allem auch Wissenschaftsorganisator sein. Es wäre zu überlegen, ob man nicht, wie bei den Dekanen, zu einem ständigen Wechsel des Institutsdirektors kommen sollte, wie es z. B. am Sodhoft-Institut üblich und für das Institut für Pädagogik und das Physikalische Institut vorgeschlagen ist.

Wir sind im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich hinsichtlich der produktiven Vorstellungen über die Forschung in den letzten Monaten einen wesentlichen

Schritt vorangekommen. Leider kann man gleiches nicht über die Ausbildung der Studenten sagen. Auf diesem Gebiet gibt es einen Rückstand, den wir im weiteren Verlauf der Plandiskussion noch aufhellen müssen.

Zum Höchststand in der Ausbildung der Studenten

Es ist deshalb erforderlich, im Zusammenhang mit der Perspektivplanung die perspektivischen Aufgaben in der Lehre auszuarbeiten.

Dazu gibt es in den Plänen der Institute und Fakultäten eine Reihe von Ansätzen. Vielfach wird die Notwendigkeit hervorgehoben, neue Disziplinen in die Ausbildung aufzunehmen oder die Ausbildung in Mathematik, Ökonomie und anderen Fächern zu vertiefen (z. B. Dolmetscher, Wifa, FMI, Pädagogik, Historiker). Überlegungen dieser Art sind durchaus notwendig, und wir vertreten die Auffassung, daß alle Gesellschaftswissenschaftler überprüften sollten, wie weit die Perspektiven ihrer Wissenschaft eine Verstärkung und Verbesserung der Ausbildung in marxistisch-leninistischer Philosophie, in Ökonomie, in Kybernetik, in Rechenmathematik und anderen Disziplinen erforderlich machen.

Aber dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Es geht nicht darum, der bisherigen Ausbildung einfach einige neue Fächer hinzuzufügen und dafür vielleicht an einigen anderen Stellen etwas wegzulassen.

Für besonders wichtig halten wir die Problematik der Grundlagen- und Spezialausbildung: in den „Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ heißt es:

„Im Hochschulwesen erfordert die Entwicklung der Wissenschaften und die Perspektiven der Volkswirtschaft, daß der Inhalt der Grundlagen- und Spezialausbildung und das Wechselverhältnis zwischen ihnen neu bestimmt werden.“

Die Tendenz einer fortschreitenden Integration verschiedener Wissenschaftszweige, die rasche Zunahme des Wissensumfanges, die ständigen Veränderungen in der Produktionstechnik, das Entstehen neuer Produktionszweige auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie andere Wesenszüge der wissenschaftlich-technischen Revolution erhöhen die Bedeutung einer breiten, soliden, auf dem wissenschaftlichen Höchststand beruhenden Grundlagenausbildung.

Die Spezialausbildung wird in den „Grundsätzen“ als „Ausbildung für eine berufliche Tätigkeit“ definiert. Die „Grundsätze“ fordern: „Im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem wird die Spezialausbildung auch dadurch besser den modernen Anforderungen gerecht, daß sie die einheitlichen Grundlagen und angrenzenden Erkenntnisse benutzter Spezialgebiete erfaßt.“ Eine unserer Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Lehre besteht darin, diese einheitlichen Grundlagen und angrenzenden Erkenntnisse benachbarter Spezialgebiete in allen Fachrichtungen zu erfassen und zu fixieren, denn sie machen den Bestandteil in unserer Ausbildung aus, der vor allem erforderlich ist, wenn unsere Gesellschaftswissenschaftler, noch in Jahrzehnten befähigt sein sollen, die Entwicklung ihrer Wissenschaften zu verfolgen, sich an ihr zu beteiligen und als wirkliche Spezialisten zum Wohle unseres sozialistischen Staates zu arbeiten. Gleichzeitig müssen wir den Inhalt der eigentlichen Spezialausbildung bestimmen, die dem Weltniveau der jeweiligen Fachdisziplin entsprechen soll und den Studenten insbesondere in den modernen Forschungsmethoden, in der Nutzung der fortgeschrittensten Forschungsmittel und Informationsmöglichkeiten einführen muß, um ihn zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit von hoher Produktivität zu befähigen.

Gegenwärtig wird jedoch verschiedentlich weniger konstruktiv über die Bestimmung von Grund- und Spezialausbildung als über das Verhältnis von obligatorischen und fakultativen Lehrveranstaltungen diskutiert. Hier werden konkrete Richtzahlen wie 1:1 genannt usw. Wir sind auch für

eine Klärung dieser Fragen, meinen jedoch, daß man nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun kann. Zuerst müssen wir in allen Disziplinen zu einer genauen Bestimmung des Inhalts der Grund- und Spezialausbildung kommen; daraus werden sich dann die entsprechenden Konsequenzen für die Art der Lehrveranstaltungen ableiten.

Die Forderung, die Genosse Hannes Hörning in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ Nr. 7/1964 erhob, die Einheit von Lehre und Forschung zu festigen, und zwar vor allem in dem Sinne, daß die Forschungsergebnisse schnell in die Lehrstätigkeit einfließen und die Studenten frühzeitig und systematisch an die Forschungsarbeit herangeführt und in die wissenschaftliche Arbeit der Institute eingeführt werden, gilt in vollem Maß für die meisten gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen unserer Universität. Hier können und müssen die Forschungsschwerpunkte oder -zentren der Universität, eine große Arbeit leisten. Leider wurden jedoch die Anregungen des Genossen Hörning in seinem Schlußwort der letzten UPL-Sitzung zur grundlegenden Umgestaltung der Lehre in den Grundorganisations ungenügend beachtet. In den Perspektivplänen für die Schwerpunkte der Universität sind kaum Gedanken darüber entwickelt, wie gerade die schöpferische wissenschaftliche Arbeit der Studenten weiterentwickelt werden kann.

Schlußfolgerungen für die Arbeit der Parteiorganisation

Aus der bisherigen Arbeit am Perspektivplan in unserem Bereich und den Darlegungen im Referat sind für die weitere Arbeit der Parteiorganisation vor allem zwei Schlußfolgerungen zu ziehen.

Es kommt jetzt darauf an, daß auf der Grundlage der vorliegenden Plandirektive unter der Leitung der Parteiorganisation mit allen Angehörigen des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs eine breite Diskussion entwickelt werden muß. Es geht darum, die Schwerpunkte der weiteren Arbeit nach exakter und gründlicher herauszuarbeiten.

Die künftigen Anforderungen in Lehre, Forschung und Erziehung können nur erfüllt werden, wenn die Diskussion der Perspektive jedes Institutes, jeder Fachrichtung und jeder Fakultät zur Angelegenheit jedes einzelnen Mitarbeiters wird. Insbesondere kommt es darauf an, daß alle Parteileitungen sich nicht nur auf das Hinschleichen der neuen und noch ungeklärten Fragen des Perspektivplanes orientieren mit dem Ziel, in den Grundorganisations- und Parteigruppenversammlungen zu entsprechenden Empfehlungen für die staatlichen Leitungen zu kommen und in den Instituts- und Fakultätsleitungen zu klaren Forderungen bzw. Vorschlägen an das Prorektorat.

Das betrifft die im Referat aufgeworfenen Fragen der Schwerpunktbildung, der Erreichung des Weltniveaus, der Organisation und Leitung der Wissenschaft und die Bestimmung des Inhalts von Grund- und Spezialausbildung.

Die zweite Schlußfolgerung, die eng mit der ersten zusammenhängt, betrifft die Verbesserung der Führungsarbeit aller Parteileitungen. Sie müssen bei der Weiterführung der Plandiskussion gerade die politisch-ideologischen Probleme in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, deren umgehende Lösung uns hindert, nach genug in der Klärung der neuen und komplizierten Fragen der Planung der Wissenschaft voranzukommen. Insbesondere gilt es, sich mit all jenen Argumenten scharf und parteimäßig auseinanderzusetzen, die uns auf den Gebieten der Forschung, Lehre und Qualifizierung hindern wollen, höchste Anforderungen zu stellen. Das betrifft besonders die aufgeworfene Problematik um die Erreichung des Höchststandes. In diesem Zusammenhang zeigt sich, daß im Denken unserer Wissenschaftler der Faktor Zeit als wichtige ökonomische Kategorie im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Welt nicht den ihm gebührenden Platz einnimmt.

Aus der Diskussion

Genosse Prof. Dr. Manfred Kossok

Bereits zu Beginn seines Referates stellte Genosse Dr. Pawula die wichtige Frage, wie auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften der Höchststand zu bestimmen sei. Ich habe den Eindruck, daß wir in der Diskussion um dieses wichtige Problem leicht den toten Punkt erreichen können, wenn wir über Begriffe wie „Höchststand“ und „Weltstand“ zwar sprechen, uns aber

zuwenig Mühe machen den richtigen Inhalt zu bestimmen.

Es mag vielleicht etwas zu einseitig und scharf formuliert sein, aber ich glaube doch, daß im Grunde auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften der Begriff des „Weltstandes“ nicht angewandt werden kann, da es keine Gesellschaftswissenschaft im Sinne einer Weltwissenschaft gibt, wir also folglich vergleichbar nach absoluten Kriterien suchen werden. Es ist schließlich ein wesentlicher Unterschied, ob ich einen nordamerikanischen und einen sowjetischen Atomreaktor in ihrer Leistung vergleiche, wobei die anzulegenden Kriterien von Charakter der jeweiligen Gesellschaftsordnung relativ unabhängig, zugleich aber exakt bestimmbar sind, oder ob ich zwei Historiker gegenüberstelle, von denen der eine beispielsweise als Marxist die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR, der andere dagegen als bürgerlicher Wis-

senschaftler über die Entwicklung der Labour Party in England schreibt. Schon diese Divergenz der Standpunkte zeigt, daß wir die Frage etwas anders stellen müssen.

Für uns kommt es doch in erster Linie darauf an, darüber Klarheit zu erlangen, welche die jeweils entscheidenden Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften sind, die sich aus dem Charakter unseres Staates und unserer Gesellschaftsordnung ergeben. Wir müssen uns auch stets darüber Rechenschaft geben, inwieweit diese Aufgabenstellung mit der Entwicklung des gesamten sozialistischen Lagers verträglich ist.

Den Anforderungen an Höchststand in seinem Leistungen zu entsprechen, bedeutet für den Gesellschaftswissenschaftler, sich im richtigen Moment den richtigen, das heißt, den gesellschaftlich notwendigen Aufgaben zuzuwenden und ihre Erforschung und Lösung in die Wege zu leiten. Es bedarf dafür durchaus nicht immer der

„zentralen Anweisungen“, denn der Gesellschaftswissenschaftler muß mit der Einsicht in die Entwicklungstendenzen und Gesetzmäßigkeiten auch die Fähigkeit zur Formulierung der jeweils aktuellen Aufgabenstellung besitzen. Dann kommt es darauf an, die richtigen, das heißt wissenschaftlich modernsten und rationalsten Methoden anzuwenden, um in kürzester Zeit das Ergebnis vorzulegen. So betrachtet sind für den Gesellschaftswissenschaftler, der nach Höchststand strebt, die Ökonomie der Zeit und die wissenschaftliche Qualität der Arbeitsergebnisse entscheidende Wertgrößen für die Beurteilung des Erfolges.

Wenn wir betonen, daß die Spezifik der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften jeden Vergleich mit der bürgerlichen Gesellschaft unter dem leitenden Gesichtspunkt des Höchststandes stark relativiert, so bedeutet das natürlich nicht, daß wir

die internationalen Tendenzen, an deren Gestaltung nicht zuletzt auch die nicht-marxistische oder sogar antimarxistische Gesellschaftswissenschaft mit teilhaben, unberücksichtigt lassen. So wird z. B. auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft die Stimme der DDR in der internationalen Diskussion nur dann gehört werden, wenn wir auf den verschiedenen internationalen Kongressen auf die zentralen Themen eingehen, die sich in den letzten Jahren herauskristallisiert haben. Diese Themen werden durchaus nicht immer den Schwerpunkt unserer eigenen Forschungsarbeit bestimmen können, trotzdem muß (ungeachtet der notwendigen Konzentration) unsere allgemeine Orientierung stets weit und elastisch genug sein, um jederzeit an mehreren Fronten kämpfen zu können, indem wir einerseits die Aufgaben lösen, die uns in unserer eigenen „Binnenzone“ ge-

(Fortsetzung auf Seite 5)